

# Zeitenwende im Nahost-Konflikt?

Die Ankündigungen des neuen US-Präsidenten haben das Erregungsbarometer in Israel heftig steigen lassen

Donald Trump polarisiert – auch beim Thema Israel. Die Außenpolitik der Administration des neuen US-Präsidenten scheint unberechenbar geworden zu sein.

Von Tsafrir Cohen, Tel Aviv

Wie werden sich die US-amerikanisch-israelischen Beziehungen künftig gestalten? Und wird Donald Trump Israel einen Freibrief zum Bau weiterer Siedlungen erteilen und damit der Zweistaatenlösung den Todesstoß versetzen? Die einstige Wand-zu-Wand-Koalition bedingungsloser Unterstützung für israelische Politik jeglicher Couleur weicht nach und nach einer differenzierten Meinungsbildung, auch in den jüdischen Gemeinden der USA. Wie in anderen Teilen der Welt hat die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA auch in Israel hohe Wellen geschlagen. Das gilt für die künftige Außenpolitik überhaupt wie für die Politik des 45. Präsidenten der USA gegenüber Israel.

## Die bilateralen Beziehungen

In seinen Äußerungen zu den bilateralen Beziehungen zu Israel beschwört Trump, wie seine Vorgänger und in Übereinstimmung mit einem breiten, überparteilichen Konsens der US-amerikanischen politischen Elite, dass die Allianz zwischen den USA und Israel unverbrüchlich ist und nach Möglichkeit weiter vertieft werden sollte. Die Administration von Präsident Barack Obama stellte hier zwar keine Ausnahme dar und hatte sich verpflichtet, die Militärhilfe für Israel in den nächsten zehn Jahren auf die Rekordsumme von 38 Milliarden Dollar anzuheben. Doch es war auch offensichtlich, dass sowohl Obama persönlich als auch seine Administration nicht nur eine andere Weltanschauung vertraten, die denen der Regierung von Israels Premierminister Benjamin Netanjahu diametral entgegengesetzt waren. Angesichts der ideologischen Nähe der Netanjahu-Regierung zu den Republikanern und deren rechtem Rand macht sich die israelische Rechte nun Hoffnungen auf eine viel harmonischere Zusammenarbeit.

Allerdings weisen manche Kommentatoren in Israel und den USA darauf hin, dass Israel mit der US-amerikanischen Mainstream-Politik, wie sie etwa Hillary Clinton verkörpert, bislang sehr gut gefahren ist und dass diese für Israel immer berechenbar blieb. Die künftige Administration könnte mit einigen Grundsätzen dieser Politik brechen, sei es aufgrund des sich abzeichnenden opportunistischen und inkohärenten Charakters des politischen Agierens à la Trump, sei es aufgrund einer Politik, die vor allem sehr eng verstandene US-Eigeninteressen vor Augen hat.

Letzteres könnte zu der Frage führen, warum die USA einem hoch entwickelten Industriestaat wie Israel so viel finanzielle Unterstützung zukommen lassen. So hatte bereits der designierte Verteidigungsminister, General James »Mad Dog« Mattis, vor wenigen Jahren für Aufruhr gesorgt, als er konstatierte, die USA würden einen hohen politischen Preis für ihre Unterstützung Israels zahlen und bei anderen Alliierten im Nahen und Mittleren Osten an Reputation verlieren – ein Preis, der stetig steigen würde, je klarer es wird, dass Israel Züge eines Apartheid-Staats annimmt.

Mit besonderer Aufmerksamkeit wird die künftige Positionierung der Trump-Administration zum israelisch-palästinensischen Konflikt verfolgt. Bei verschiedenen Gelegenheiten, darunter in einem Interview mit dem New Yorker »Wall Street Journal«, verkündete Trump zwar, er wolle einen »Deal« hinkriegen, der den israelisch-palästinensischen Konflikt beendet. Allerdings machte er auch klar, dass ein solcher Deal nur stattfinden würde, wenn die israelische Regierung diesen auch wirklich will.

Falls sie es nicht tut, so sei dies traurig, aber schließlich ihre Sache. Von Parametern, wie der Konflikt zu lösen sei und wie die USA beide Seiten dazu bewegen könnten, sich auf eine Lösung hinzubewegen, etwa vom Stopp, gar Rückbau israelischer Sied-



Hinter dem Bethlehem-Vorort Beit Sahur im palästinensischen Westjordanland türmt sich die israelische Siedlung Har Homa auf, die zu Ost-Jerusalem gehört.

Foto: AFP/Thomas Coex

lungen in den besetzten Palästinensergebieten sprach er nicht.

Sein Berater für Israel, Jason Greenblatt, wurde in einem Interview mit dem israelischen Militärradio präziser, indem er sagte: »Es ist sicherlich nicht die Position von Herrn Trump, Siedlungsaktivitäten zu verdammen und diese als Hindernis für Frieden zu sehen, weil diese kein Hindernis für den Frieden darstellen.« Ins gleiche Horn stößt der designierte US-Botschafter in Israel, David Friedman, Präsident der »Amerikanischen Freunde von Bet El«. Eine Organisation, die israelische Siedler im Westjordanland mit Millionenzahlungen unterstützt, einer Annektierung von Teilen der Westbank durch Israel positiv gegenübersteht und ebenfalls

*Trump hält Israels Mauern gegen unerwünschte Eindringlinge, ob Palästinenser oder Flüchtlinge aus Afrika, für vorbildlich und möchte dem entlang der US-Grenze zu Mexiko folgen.*

behauptet, dass der Bau völkerrechtswidriger Siedlungen auf palästinensischem Land kein Hindernis für Frieden darstelle.

Diese Formulierungen sind signifikant. Seit drei Dekaden bezeichnen US-amerikanische Außenpolitiker die Siedlungen als »Hemmnisse für den Frieden«. Frühere Präsidenten haben zwar immer ihre Unterstützung für Israel zum Ausdruck gebracht und Israel finanzielle und politische Unter-

stützung zukommen lassen wie kaum einem anderen Land. Doch gleichzeitig versuchten sie, Israel davon abzubringen, eine Zweistaatenlösung durch den Bau von Siedlungen dort zu verhindern, wo ein künftiger Palästinenserstaat entstehen müsste.

Diesen Grundsatz US-amerikanischer Politik scheint Trump aufzuweichen. Das geschieht gewiss nicht im luftleeren Raum. Es sind nicht nur die ultrarechten Kreise, die Trump zum Sieg verholfen haben, die die Existenz eines palästinensischen Volkes anzweifeln oder ein Anrecht Israels auf alle Teile des »Heiligen Landes« religiös begründen. Vielmehr wird unter den Nahostfunktionären und in den Denkfabriken von Washington, D. C. der Ruf immer hörbarer, den Widerstand gegen die israelische Siedlungspolitik aufzugeben. Das verstehen sie als »Realpolitik«, die »ideologische Rigiditäten« überwindet. Einen Widerspruch zwischen den Siedlungen und dem Streben nach einem Friedensabkommen Israels mit den Palästinensern sehen sie nicht.

Ein Freibrief also für israelische Siedlungspolitik? Während sich die israelischen Linken entsetzt äußern, sind Israels Ultrarechte hellauf begeistert. Ihre Galionsfigur, Naftali Bennet, Bildungsminister und Vorsitzender des HaBajit HaJehudi (»Das Jüdische Heim«), erklärte, dies sei eine Gelegenheit, der Zweistaatenlösung endlich eine klare und deutliche Absage zu erteilen, Teile der besetzten Westbank zu annektieren und die Idee eines Palästinenserstaats zu begraben.

Das Umfeld von Netanjahu äußert sich vorsichtiger. Ein Freibrief in Sachen Siedlungen könnte Netanjahu in eine schwierige Lage zu bringen. Er geht offensichtlich nicht davon aus,

dass der israelisch-palästinensische Konflikt lösbar sei, da eine Einigung für die israelische Regierung inakzeptable Kompromisse notwendig machen würde: ein Ende der Kontrolle über die Palästinenser und den Rückbau der jüdischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten.

Gleichzeitig möchte er der Zweistaatenlösung keine endgültige Absage erteilen. Denn dadurch könnte die palästinensische Autonomiebehörde, die eine gewichtige Rolle bei der Verhinderung bewaffneter Widerstands gegen die israelische Besatzung spielt, kollabieren oder ein massiver Aufstand der Palästinenserinnen entfacht werden.

Noch bedeutender: Lehnt die israelische Regierung eine zwischen Israel und Palästinensern ausgehandelte Zweistaatenlösung schlichtweg ab, so würde sich der Druck der internationalen Öffentlichkeit erhöhen. Entweder für Maßnahmen gegen Israel, um eine Zweistaatenlösung doch Realität werden zu lassen, oder aber durch die Forderung – da eine Zweistaatenlösung keine Option mehr ist –, dass alle Palästinenser Bürger Israels werden. Damit wäre die jüdische Mehrheit im Land allerdings dahin.

## Polarisierte US-Öffentlichkeit

Deshalb möchte Netanjahu den Konflikt nicht lösen, sondern managen. Der jetzige Schwebezustand ist für ihn die beste aller Welten: Israel kann weiter Siedlungen bauen und seine Kontrolle über die Palästinenser vertiefen, ohne einschneidende Konsequenzen fürchten zu müssen. Bislang konnte Netanjahu seine Rechtsaußenkoalitionäre mit Hinweis auf US-Druck im Zaum halten. In der Ära Trump könnte dieses Argument entfallen. Netanjahu könnte stärker un-

ter innenpolitischen Druck von rechts geraten.

Kaum ein Wahlkampf hat die USA so polarisiert wie der jüngste. Das hat auch Auswirkungen auf die Unterstützung für Israel. Während die Wand-zu-Wand-Koalition für Israel im Kapitol und unter den politischen Eliten noch intakt ist und sicherstellt, dass israelische Politik stets und vorbehaltlos unterstützt würde, ist dies in der breiten Öffentlichkeit kaum noch der Fall. Die US-amerikanischen Rechten sehen in Israel einen Zwilling im Geiste. Sie applaudieren einem Staat, der in ihrer Vorstellung an vorderster Front gegen den gemeinsamen Feind, den Islam, steht und der eine Migrationspolitik betreibt, die durch ethnische und religiöse Zugehörigkeit bestimmt ist.

Trump selbst hält die israelischen Bemühungen – rundum Mauern gegen unerwünschte Eindringlinge, seien es Palästinenser oder Flüchtlinge aus Subsahara-Afrika – für vorbildlich, möchte dem der US-mexikanischen Grenze folgen. Währenddessen distanzieren sich immer mehr Wähler der Demokraten von der israelischen Besatzungspolitik. So befürworteten einer Umfrage des Brookings Institute zufolge im November 60 Prozent der Demokraten Druck auf Israel bis hin zu Sanktionen, um den weiteren Bau von Siedlungen zu verhindern. Ende 2015 waren das noch 49 Prozent. Senator Bernie Sanders nutzte diese Diskrepanz zwischen der Basis und dem Washingtoner Establishment und setzte sich von seiner Rivalin um die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten ab, indem er ihr einseitige Unterstützung Israels vorwarf.

## Die jüdischen Gemeinden

Die chauvinistische Welle, die Trump auslöst, trifft die jüdischen Gemeinden in den USA besonders hart: Zum ersten Mal seit vielen Jahrzehnten wurden sie mit einem Kandidaten konfrontiert, dessen Kampagne sich einer antisemitischen Sprache bediente. Angesichts der Tatsache, dass Trump die Unterstützung neonazistischer Gruppen und des Ku-Klux-Klan erhält, wird auch innerhalb der jüdischen Gemeinden der Ton rauer zwischen der liberalen bis linksliberalen Mehrheit – über 70 Prozent der Juden in den USA wählen traditionell die Demokraten – und einer wachsenden und recht lauten rechten Minderheit, die die Republikaner und Trump unterstützt.

In Trumps Lager sind Antisemiten alter Schule willkommen. Man glaubt, dies reinzuwaschen mit Verweis auf die bedingungslose Unterstützung der Republikaner für Israels Politik und mit den Parallelen zwischen der israelischen Politik und der der US-amerikanischen Rechten. Diese Parallelen verursachen aber Unbehagen beim jüdischen Mainstream und vielen seiner Institutionen, die sich von Trump distanzieren.

Bislang konnte beispielsweise die Antidiffamierungsliga einerseits gegen Antisemitismus und für universelle Menschenrechte für alle eintreten, andererseits stets jede israelische Politik stramm unterstützen. In der Ära Trump, in der eine mitunter antisemitisch angehauchte US-amerikanische Rechte den Schulterschluss mit dem rechtesten Flügel der israelischen Politik sucht und findet, könnten die Interessen der jüdischen Gemeinden in den USA und die der israelischen Rechtsaußenregierung immer stärker auseinanderdriften.

Die Entfremdung von Israel ist bei vielen jungen, urbanen Juden schon heute sehr stark ausgeprägt. Sie sind in intersektionalen Koalitionen gegen rechten Populismus engagiert, etwa mit der Bewegung »Black Lives Matter«, und im Zusammenspiel mit diesen entwickeln sie Positionen, die der Besetzung der Palästinensergebiete äußerst kritisch gegenüberstehen. Die Unterstützung Israels durch progressive jüdische Gemeinden, so Joshua Schreier und Mira Sucharov im jüdischen Magazin »Forward«, verändert sich und muss sich ändern, »denn um proisraelisch auf eine integrative Art zu sein, ist eine andere Art von Engagement erforderlich. Es wird direkten Druck bedeuten – in unterschiedlichen gewaltfreien Formen –, um Gerechtigkeit und Menschenrechte einzufordern.«



Dokumentation

Illustration: 123RF/Vladimir Yudin [M]

## Der Autor



Tsafrir Cohen, Jahrgang 1966, wuchs in Israel und Kanada auf. 1986 ging er in die BRD, wo er Politikwissenschaft, vergleichende Literaturwissenschaft und Islamwissenschaft studierte und als Journalist arbeitete. In Jerusalem leitete er das Büro der Ärzthilfsorganisation »medico international«. Seit Anfang 2016 ist er Chef des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tel Aviv.

Auf deren Internetseite erschien jetzt eine Analyse von Cohen, die hier gekürzt wiedergegeben wird. Die ausführliche Fassung finden Sie unter: [dasND.de/Nahost](http://dasND.de/Nahost)

Foto: RLS/Vicki Katz

## Siedlungsbau geht weiter

Nach Trumps Amtsantritt: Israel genehmigt Baupläne für Ost-Jerusalem

Berlin. Unmittelbar nach dem Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump haben israelische Behörden dem Ausbau jüdischer Siedlungen im annektierten Ost-Jerusalem zugestimmt. Die Stadtverwaltung erteilte am Sonntag die Genehmigung für 566 neue Siedlerwohnungen. Das Bauprojekt war bis zu Trumps Amtübernahme auf Eis gelegt worden. Jerusalems Vizebürgermeister Meir Turjeman sagte, seit Trumps Amtsantritt hätten sich »die Spielregeln verändert«. Der Vorsitzende des Jerusalemer Bau- und Planungsausschusses fügte hinzu: »Uns sind die Hände nicht mehr gebunden wie zur Zeit von Barack Obama. Jetzt können wir endlich bauen.«

Erst kürzlich hatte Israels Premier Netanjahu die Versuche der Pariser Nahost-Konferenz, zwischen Israel und Palästinensern zu vermitteln, als »letzte Zuckungen der Welt von gestern« bezeichnet. Er erhofft sich von Trump mehr Unterstützung. *AFP/nd*